

NIH BRAU DA! PDA BERN

DIE ROTE POST DER PDA BERN ★ NUMMER 1/2015 ★

Tag der Arbeit:
Endlich auch in Bern Feiertag!
Unterschreibt die Petition
online auf pdabern.ch



PARTEI DER ARBEIT FORDERT TAG DER ARBEIT ALS FEIERTAG EIN!

PdA Bern. Die Partei der Arbeit des Kantons Bern lanciert eine Petition an den Regierungsrat des Kantons Bern zur Einführung des 1. Mai als Feiertag im ganzen Kanton und fordert ihn auf, sich für eine einheitliche Lösung auf Bundesebene im Sinne der ArbeiterInnenbewegung einzusetzen.

Zum Feiertag wurde 1889 am Internationalen Sozialisten-Kongress (Gründung der Zweiten resp. Sozialistischen Internationale) in Paris aufgerufen, um ihn 1890 erstmals weltweit zu begehen, in Gedenken an den Haymarket Riot, der 1886 in den

USA (Chicago, IL) im Nachgang von blutig niedergeschlagenen Streiks von Gewerkschaften und Reden von Anarchisten stattfand. erinnert wurde an die erfolgreichen Demos in Australien von 1856. Gefordert wurde immer der 8-Stunden-Tag.

Die PdA des Kantons Bern ruft die rot-grüne kantonalbernerische Regierung dazu auf, den Tag der Arbeit zum kantonsweiten gesetzlichen öffentlichen Feiertag zu erklären, wie es schon in 8 Kantonen gänzlich (und in zweien zur Hälfte) der Fall ist, und sich dafür im Grossrat sowie per Standesinitiative auf Bundesebene einzusetzen.

In vielen Nachbarkantonen (NE und JU ganz, SO, FR, AG halb) und in allen Nachbarländern (ja, sogar im Fürstentum Liechtenstein) wird dieser Tag offiziell

ell begangen und die Arbeit ganz oder zumindest halbtags niedergelegt. Bern hat als reformierter Kanton im Vergleich zu anderen und katholischen Kantonen sowieso eine unterdurchschnittliche Anzahl an Feiertagen und im Vergleich zu den umliegenden Ländern erst recht, die zum Teil bis zu anderthalb Mal mehr Feiertage haben.

Kommt dazu, dass es keinen einzigen Feiertag gibt, der nicht einen christlichen Hintergrund hat. Sogar die diesbezüglich zunächst unverdächtige Bundesfeier beruft sich auf einen Schwur, auf eine schwülstige Nationalhymne, eine Bundesverfassung „im Namen Gottes des Allmächtigen“ und auf eine Fahne mit Kreuz.

Demgegenüber ist der Tag der Arbeit ein Kampf- und Feiertag für mehr Menschen, auch Nicht-ChristInnen und AusländerInnen. Es geht darum, dem Kampf der werktätigen Bevölkerung zu gedenken, die den Achtstundentag (vorher waren über 12 Stunden üblich) erkämpft hat, die AHV gefordert hat, auch Lohnerhöhungen, die 5-Tage-Woche, das Frauenstimmrecht, die Mutterschaftsversicherung und andere Zugeständnisse den Herrschenden abgerungen hat. Sie wurden massgeblich durch sozialistische Parteien und Gewerkschaften erkämpft.

Weitere Kämpfe müssen geführt werden. Zur Zeit sind es leider vor allem Abwehrkämpfe, da einige dieser Errungenschaften bedroht sind durch den neoliberalen Kapitalismus mit seinen Steuergeschenken für Reiche, Sparrunden, die die Ausgebeuteten ausbaden müssen, undemokratische Nationalbankentscheide etc. Nun ist es deshalb höchste Zeit, unseren Feiertag zu institutionalisieren, um in den bevorstehenden Kämpfen besser gerüstet zu sein, mehr Ressourcen zu haben, indem man frei hat und Lohn bekommt.

Darum ist das kantonale Gesetz vom 1. Dezember 1996 über die Ruhe an öffentlichen Feiertagen unter Artikel 2 Buchstabe c um den Tag der Arbeit noch in dieser Legislatur zu ergänzen. Zudem soll der Kanton Bern durch eine Standesinitiative zusammen mit andern Kantonen, die den Feier- oder Ruhetag als solchen anerkennen, eine eidgenössische Lösung anstreben, damit der Tag der Arbeit wie auch der Nationalfeiertag in der Bundesverfassung steht und überall in der Schweiz ohne Wenn und Aber gilt. 2008 haben die Behörden der Stadt Bern zum Beispiel keinen Demonstrationsumzug dulden wollen, weil der Tag der Arbeit per Zufall auf

Auffahrt fiel, und bewilligten nur Platzkundgebung und Fest. Eine (unbewilligte) Demo mit traditioneller Route fand dank revolutionären Kräften trotzdem statt.

**UNTERSCHREIBT
DIE PETITION
1.MAI FREI! AUF
PDABERN.CH**



PAROLEN DER PdA ZU DEN ABSTIMMUNGEN VOM 14. JUNI 2015

STADT

- Partizipationsreglement: **JA**
- Sanierung Volksschule Wankdorf: **JA**
- Leistungsverträge mit drei Kulturinstitutionen für 2016-2019: **JA**
- Gesamtprojekt «Dr nöi Breitsch»: **JA**

NATIONAL

- Bundesbeschluss über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich: **NEIN**
- Volksinitiative «Stipendieninitiative»: **JA**
- Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erschaftssteuerreform)»: **JA**
- Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen: **JA**

QUI EST ICI – EST D’ICI: DEMOKRATIE IST NICHT TEILBAR!

Reglement über die Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern

Am 26. September 2010 hat sich eine Mehrheit der Abstimmenden in der Stadt Bern für die Möglichkeit ausgesprochen, den seit längerer Zeit in Bern ansässigen Ausländerinnen und Ausländern das kommunale Stimmrecht zu verleihen. Die ablehnende Mehrheit im Kanton hat uns da ausge-

bremst. Was wir unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern im Rahmen der Gemeinde mit dem Partizipationsreglement anbieten können, hört sich dann schon sehr bescheiden an – und wird trotzdem noch von der Rechten bekämpft und in das Reich der Utopie verbannt. Mit einer „Partizipationsmotion“ werden sich sicher keine grossen Kuchen backen lassen. Die Partei der Arbeit unterstützt aber die Einführung dieses neuen Instruments – nicht als Trostpflasterchen oder als Beruhigungsspiel, sondern als kleinen Schritt auf dem Weg zur demokratischen politischen Mitbeteiligung von Menschen ohne Schweizer Pass: „zäme läbe – zäme schtimme“ – das bringt für uns immer noch auf den klarsten Nenner, was einer Stadt entsprechen würde, die in ihrer „Strategie Bern 2020“ für sich beansprucht: „Bern ist eine weltoffene Stadt“.

Die Partei der Arbeit setzt sich ein für eine umfassende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche. Jede Ausweitung demokratischer Rechte und aller Möglichkeiten zur gemeinsamen Gestaltung unserer gemeinsamen Angelegenheiten findet unsere Unterstützung. Unterschiede in Einkommen, Herkunft, Geschlecht haben da nichts zu suchen. Demokratie lässt sich ganz schlecht portionieren. Direkte Demokratie verträgt sich nicht mit dem politischen Ausschluss vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in dieser Stadt wohnen, leben, arbeiten. Qui est ici – est d’ici. Wer hier lebt, gehört dazu! Die Partei der Arbeit wird nicht locker lassen, bis dieses demokratische Ziel erreicht ist.

NEIN ZUR GRENZENLOSEN PRÄIMPLANTATIONSDIAGNOSTIK (PID)

Am 14. Juni stimmen die Stimmberechtigten der Schweiz über die Legalisierung der Präimplantationsdiagnostik (PID) ab.

Die PID ist eine medizinische Untersuchung des Embryos bei einer künstlichen Befruchtung. Sie kann verwendet werden, um Körpermerkmale (z.B. Geschlecht, Haarfarbe, Augenfarbe u.a.), Erbkrankheiten und/oder Abweichungen in der Körperstruktur des Embryos zu erkennen.

Bisher ist die PID in der Schweiz verboten. 2011 wollte der Bundesrat dieses Verbot lockern und

wollte es Paaren mit schwerwiegenden Erbkrankheiten gestatten von der PID Gebrauch zu machen. Im Parlament wurde diese Lockerung ausgeweitet auf alle Paare, die eine künstliche Befruchtung durchführen lassen. Gegen diese Legalisierung der PID wurde sodann das Referendum ergriffen, welches die PdA aus folgenden Gründen unterstützt:

Mit der PID wird es möglich werden bestimmte Embryonen anderen vorzuziehen. Diese Auswahl kann dazu führen, dass Embryonen mit einer abweichenden Körperstruktur (z.B. mit einem Down Syndrom) systematisch verworfen werden. In diesem Moment wird darüber entschieden, welches Leben lebenswert und welches lebensunwert ist. Die Entscheidungsgrundlage bildet dabei die Leistungsgesellschaft. Auf der Befürworterseite wird damit argumentiert, dass mit der PID viel Leid bei Betroffenen und Angehörigen verhindert werden kann. Es bleibt dabei unerwähnt, dass das meiste Leid durch Stigmatisierung und Leistungs-ideologie entsteht. Die kalte kapitalistische Logik selektioniert die Menschen in produktive und unproduktive Kräfte, was auch bei Menschen ohne Beeinträchtigung viel Leid verursacht. Nur ein integratives Gesellschaftssystem, in welchem jeder und jede sich nach seinen Bedürfnissen entwickeln kann, würde dieses Leid verhindern.

Als weiteres Argument wird von den Befürwortern aufgeführt, dass die betroffenen Paare frei entscheiden könnten, ob sie zur PID greifen wollen oder nicht. Es besteht jedoch die Gefahr, dass diese so genannt freie Entscheidung schon bald einmal nicht mehr so frei sein wird. Im Sinne eines Kosten-Nutzen-Denkens könnten zukünftige Eltern schon bald einmal vor die Entscheidung gestellt werden einer PID Untersuchung entweder zuzustimmen oder das Risiko eines Kindes mit Behinderung in eigener Verantwortung und mit eigenen finanziellen Mitteln zu tragen. Gerade in Zeiten von Kostenoptimierung und Sparmassnahmen ist dies kein unrealistisches Szenario. Dies trifft dann wie fast immer vor allem die Familien der Arbeiterklasse, für welche schon heute behinderte Kinder in finanzieller Hinsicht eine grosse Herausforderung darstellen. Die existierenden Hilfestellungen sind insbesondere für solche Familien noch immer ungenügend. Somit würde den zukünftigen Eltern am meisten geholfen, wenn sie sich keine Sorgen

über die Zukunft eines behinderten Kindes machen müssten und wüssten, dass sie die benötigten Hilfeleistungen ohne Wenn und Aber zur Verfügung hätten.

Mit der Legalisierung von PID wird der Stigmatisierung von Behinderten und generell von der Norm abweichenden Menschen Vorschub geleistet. Schon heute werden Eltern von behinderten Kinder z.T. mit Misstrauen beäugt. Statt Unterstützung liegt der Vorwurf in der Luft, dass sie die Behinderung nicht verhindert hätten und somit vorsätzlich eine Belastung für die Gesellschaft „produziert“ hätten. Ganz abgesehen davon, dass sich nie alle behinderte Menschen durch pränatalen Test verhindert lassen, da die meisten Behinderungen peri- bzw. postnatal entstehen, wird es immer Menschen geben, welche nicht ins Bild passen und die die wirtschaftlichen Leistungsanforderungen nicht erfüllen. Wenn man bedenkt, dass die Norm durch den Durchschnitt definiert wird, bedeutet dies nichts anderes als dass sich der Leistungsdruck auf uns alle erhöht, sobald man sich den aktuell Schwächsten entledigt.

Die PdA ist der Ansicht, dass es bei der Legalisierung des PID nur vordergründig darum geht zukünftige Eltern zu entlasten. Es geht vielmehr darum, Menschen zu verhindern, die den Leistungsstandards einer kapitalistischen Gesellschaft nicht genügen.

NEU IM STADTRAT

Daniel Egloff, Jahrgang 1985, Sozialpädagoge übernimmt ab sofort den Sitz der Partei der Arbeit im Berner Stadtrat

Daniel Egloff ist Mitglied der PdA, KJ, AvenirSocial und der Vereinigung Schweiz-Cuba und ist aktiv als Familiengärtner und Freizeitfussballer. Die Partei der Arbeit Bern wünscht Daniel Egloff viel Erfolg in seinem neuen politischen Amt, damit die Interessen der werktätigen Bevölkerung auch auf parlamentarischer Ebene wirkungsvoll vertreten werden.

Rolf Zbinden PdA-Vertreter ist nach 8 Jahren kämpferischer Ratstätigkeit, wegen Wegzugs nach Basel, mit folgenden Worten aus dem

Berner Stadtrat zurückgetreten: RÜCKTRITT AUS DEM STADTRAT

Orte mögen wechseln, heute Bern, morgen Basel, Aufgaben sich wandeln, Zusammenhänge sich verändern - der Mittelpunkt bleibt. Oder etwas anders und flapsiger formuliert: 8 Jahre Stadtrat - und kein bisschen müde und kein bisschen weiser. Mein Dank gilt allen, die so was möglich machen und mich immer - in guten und in bleiernen Zeiten - unterstützt, die mitgetragen und mitgestritten haben. Ich habe in den acht Jahren als Stadtrat erfahren, dass auf wenig Verlass ist - nicht einmal auf das Stadtratsreglement. Mein Dank gilt zuvorderst meiner Partnerin, meinen Söhnen, meinen Eltern und den Genossinnen und Genossen der Partei der Arbeit.

Als der „Marsch auf Bern“ nicht nur düstere Erinnerungen wachrief, sondern auch breiten und erfolgreichen Widerstand, als der Häuptling am Bärengraben mit seinem Zottel stecken blieb und die Glatzen nur noch blöd glotzten - da kannte die konzertierte Reaktion innerhalb und ausserhalb des Stadtrats kein Halten mehr. Die Anfälle von Feigheit und Niedertracht, die auch nach dem Ende des Kalten Krieges vom Gespenst des Kommunismus und der Revolte ausgelöst werden - diese Anfälle und Übergriffe steckt keiner weg, der nicht solidarische Menschen an seiner Seite weiss. Und hier im Rat wusste ich Daniele Jenni und Urs Frieden an meinen Seiten. Ich weiss, wie viel das zu dieser Zeit wert war.

„Wenn es dein Ehrgeiz ist, dass keiner deiner Vorstösse eine Chance hat, dann kann ich das akzeptieren.“ Noch in lebendiger Erinnerung sind mir die Worte des ehemaligen Stadtratspräsidenten Res Zysset. Nein: So hat die Partei der Arbeit ihr Stadtratsmandat nie verstanden. Für ein bisschen Bürgerschreck und Politik-Happening hätte sich der Aufwand während all dieser Jahre nicht gelohnt. Die Partei der Arbeit ist schliesslich angetreten, um konkrete politische Veränderungen anzuregen im Interesse der Menschen, die nicht auf Rosen und Aktien gebettet sind. Wir haben Vorschläge gemacht - und teilweise wurden sie sogar angenommen. „Jedem Kind ein Instrument“, „Spielplätze für den Breitensport“, „Mühleberg stilllegen und zwar sofort!“, „Gratis-ÖV für Menschen in Aus- und Weiterbildung“: Das sind keine ideologischen

Scharmützel, das sind Forderungen im Interesse der grossen Mehrheit der Bernerinnen und Berner. Und wenn sich diese Anliegen mit der reglementarischen Form schwer taten, war Verlass auf das Ratssekretariat. Für diese Form des Mitdenkens danke ich Daniel Weber und seinem Team ganz herzlich.

Einige unserer Vorstösse fanden im Stadtrat eine Mehrheit, ihre Umsetzung scheiterte jedoch teilweise an den Verhältnissen: an den realen Machtverhältnissen, die sich durch die Debatten und Beschlüsse dieses Rats nur sehr bedingt beeinflussen lassen. Das Erstaunen meinerseits war mässig. Umso erfreulicher, dass die Opposition der Partei der Arbeit gegen Budgetkürzungen bei der Volkshochschule, bei der Aufgabenhilfe und den Kita- und Tagi-Küchen auf der gegenüberliegenden Ratsseite Unterstützung fand. Von unheiligen Allianzen wurde gemunkelt. Die Partei der Arbeit lässt das ziemlich kalt. Niemand, keine Partei in dieser Stadt hat das Wohl des Volks gepachtet. Jeder Verstoß gegen die Interessen der Menschen, die hart arbeiten und sich wenig leisten können, wird auf unseren Widerstand treffen - und wir werden uns von niemandem vorschreiben lassen, wer uns unterstützen darf.

Daran wird sich mit meinem Abgang nichts ändern. Wir leben in finsternen Zeiten - ich habe den Eindruck, schon bessere, hoffnungsvollere erlebt zu haben. Das Beharren auf einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung ist in unseren Breiten nicht unbedingt massentauglich. Die Alternative dazu ist aber auf die Dauer nicht lebbar: Der Wahnsinn der Profit-Wirtschaft bietet eine Perspektive bloss für die Eliten, für das berühmte eine Prozent und für jene, die sich ihm andienen. Gerade aus diesem Grund schlangen wir als KommunistInnen keine Möglichkeit aus, die Widersprüche zu entfalten und den Widerstand zu stärken. So sitzt dann halt einer am Donnerstagabend im Rathaus - und steht am Samstagnachmittag auf der Strasse. Beides hat seinen Preis. Ich konnte mir diesen Preis leisten. Zu bereuen gibt es da nichts. Darum teile ich auch den Optimismus des Dichters Bertolt Brecht und sein Lob der Dialektik: „Aus Niemals wird: Heute noch!“ In diesem Sinn: nicht adieu! In diesem Sinn: Der Kampf geht weiter.

Rolf Zbinden, Partei der Arbeit Bern, 26. März 2015

NATIONALRATSWAHLEN 2015

Die Partei der Arbeit des Kantons Bern nimmt gemeinsam mit der Kommunistischen Jugend Bern an den Nationalratswahlen teil.

NATIONALRATSWAHL

18. Oktober 2015

UND AUS NIEMALS
WIRD: HEUTE NOCH!

Bertolt Brecht

PdA

pdabern.ch

**BAUER
SCHLÄGT
KÖNIG**

**PARTEI DER
ARBEIT**

KJ

**KOMMUNISTISCHE
JUGEND**

kommunistischejugend.ch



Veranstaltung der PdA Bern

TOVE SOILAND: DAS THEOREM DER NEUEN LANDNAHME – EINE FEMINISTISCHE RÜCKEROBERUNG.

Donnerstag 7. Mai 2015, 19h30 im Säali der Brasserie Lorraine, Quartiergasse 17, Bern.

Rose Luxemburg postulierte, dass der Kapitalismus auch in seinem fortgeschrittenen Stadium auf nicht-kapitalistische Produktionsweisen angewiesen bleibt, die er ausbeutet und von denen er lebt. Diese These wird seit einiger Zeit von David Harvey und Klaus Dörre auf die gegenwärtigen globalen Restrukturierungen angewendet, die allgemein als Neoliberalismus bezeichnet werden. Dabei spielt das Theorem einer Neuen Landnahme eine zentrale Rolle:

Heute sind es nicht nur äussere Kolonien, die in Land genommen werden, sondern auch innere Enklaven inmitten der kapitalistischen Zentren selbst, die einer neuen Form von Landnahme ausgesetzt sind.

Anknüpfend an eine feministische Tradition, die sich bereits in den 1970er Jahren der Thesen Rosa Luxemburgs bediente, um die unbezahlte Hausarbeit in ihrer Bedeutung für die Kapitalakkumulation zu verstehen, postuliert der Vortrag, dass die gegenwärtig vermutlich wichtigste innere Kolonie der Bereich der bezahlten und unbezahlten Care-Arbeit ist. Im Zuge einer globalen Restrukturierung der sozialen und individuellen Reproduktion sind es nicht zuletzt die privaten Haushalte mit ihren sozialen Gefügen, die einer neuen Form von Ressourcenabzug ausgesetzt sind: Die Transformation der westlichen Sozialstaaten mit ihrer Neuziehung der Grenzen dessen, was in die öffentliche und was in die private Zuständigkeit fällt, ordnet nicht nur die Weise neu, wie Menschen sich reproduzieren (müssen), sondern tangiert damit auch massgeblich das Geschlechterverhältnis. Die teilweise von der Frauenbewegung selbst angestrebten Veränderungen sind so betrachtet vielleicht bereits in sich Bestandteil dieser Neuen Landnahme.

Tove Soiland ist Historikerin und lehrt an verschiedenen Universitäten als Lehrbeauftragte.



ROSA LUXEMBURG (Februar 1894) WIE ENTSTAND DIE MAIFEIER?

Der befreiende Gedanke, einen proletarischen Feiertag als Mittel zum Erlangen des achtstündigen Arbeitstages einzuführen, entstand zum erstenmal in Australien. Die dortigen Arbeiter beschlossen schon im Jahre 1856, einen Tag völliger Arbeitsruhe zu veranstalten, verbunden mit Versammlungen und Vergnügungen, als Manifestation zugunsten des achtstündigen Arbeitstages. Für den Tag dieser Feier wurde der 21. April bestimmt. Anfangs dachten die australischen Arbeiter nur an eine einmalige Manifestation im Jahre 1856. Schon diese erste Feier übte jedoch einen so starken Eindruck auf die proletarischen Massen Australiens aus, wirkte so aufmunternd und agitatorisch, daß man beschloß, alljährlich diese Feier zu wiederholen.

In der Tat, was könnte der Arbeitermasse größeren Mut und Glauben an die eigenen Kräfte verleihen, als eine Massenniederlegung der Arbeit aus eigenem Willen. Was könnte den ewigen Sklaven der Fabrik und der Werkstätte besseren Mut verleihen, als die Musterung ihrer eigenen Truppen? So wurde auch der Gedanke der proletarischen Feier sehr schnell angenommen und begann sich aus Australien über andere Länder auszubreiten, bis er die ganze proletarische Welt eroberte.

Als erste folgten dem Beispiele der australischen Arbeiter die Amerikaner. Sie setzten im Jahre 1886 als Tag der allgemeinen Arbeitsruhe den 1. Mai fest. An diesem Tage verließen 200.000 von ihnen die Arbeit und forderten den achtstündigen Arbeitstag. Späterhin verhinderten die Regierungsverfolgungen die Arbeiter mehrere Jahre hindurch, diese Manifestation zu wiederholen. Im Jahre 1888 erneuerten sie jedoch ihren Beschluß und bestimmten für die nächste Feier den 1. Mai des Jahres 1890.

Inzwischen hatte sich die Arbeiterbewegung in Europa mächtig entwickelt und belebt. Ihren gewaltigen Ausdruck fand diese Bewegung durch den internationalen Arbeiterkongreß im Jahre 1889. Auf diesem Kongreß, der 400 Delegierte versammelte, wurde beschlossen, in erster Linie den achtstündigen Arbeitstag zu fordern. Worauf der Delegierte der französischen Gewerkschaften, der Arbeiter Lavigne aus Bordeaux, den Antrag stellte, man möge in allen Ländern diese Forderung durch einen all-

gemeinen Arbeiterfeiertag zum Ausdruck bringen. Da der Delegierte der amerikanischen Arbeiter die Aufmerksamkeit auf den gleichen Beschluß seiner Genossen in bezug auf den 1. Mai 1890 richtete, so setzte der Kongreß das Datum für den allgemeinen proletarischen Feiertag auf denselben Tag fest.

Die Arbeiter dachten eigentlich auch in diesem Falle, wie vor dreißig Jahren in Australien, lediglich an eine einmalige Manifestation. Der Kongreß beschloß, daß die Arbeiter aller Länder mit der Forderung des achtstündigen Arbeitstages am 1. Mai 1890 gemeinsam demonstrieren. Von einer Wiederholung der Feier in den darauffolgenden Jahren war nicht die Rede. Niemand konnte natürlich voraussehen, wie glänzend die Ausführung dieses Gedankens gelingen werde und wie schnell sich dieser unter der Arbeiterklasse einbürgern werde. Es genügte jedoch, einmal die Maifeier im Jahre 1890 zu begehen, damit jeder sofort begriff und fühlte, die Maifeier müsse eine alljährliche und ständige Einrichtung sein.

Der 1. Mai verkündet die Losung des achtstündigen Arbeitstages. Aber auch nach der Erlangung dieses Zieles wird die Maifeier nicht aufgegeben. Solange der Kampf der Arbeiter gegen die Bourgeoisie und die Regierung währen wird, solange noch nicht alle Forderungen erfüllt sein werden, wird die Maifeier der alljährliche Ausdruck dieser Forderungen sein. Wenn aber bessere Zeiten dämmern werden und die Arbeiterklasse ihre Erlösung in der gesamten Welt erlangt haben wird, auch dann wird wahrscheinlich, zum Gedenken an die ausgefochtenen Kämpfe und an die erlittenen Leiden, die Menschheit den 1. Mai festlich begehen.

Aus Sprawa Robotnicza (Arbeitersache), Paris, 1894. Marxists' Internet Archive.

Impressum:

PdA Partei der Arbeit des Kantons Bern
Quartiergasse 17, Postfach 7501, 3001 Bern
www.pdabern.ch / mail@pdabern.ch
Kontonummer 30-26786-9

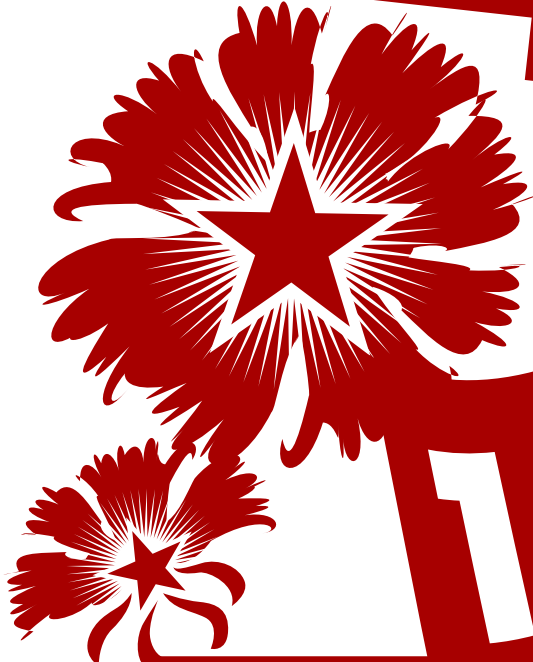
NIXBRAVDA!

1/2015

**BERN
PDA**



PETITION



IMMIGRANTEN

FREI

PARTEI DER ARBEIT BERN

